

DAS NACHRICHTENPORTAL RHEIN-NECKAR

morgenweb

INTERVIEW: Peter Rosenberger (CDU) sieht Mängel bei der Integration von Zuwanderern und erklärt, warum er vor der Wahl die Hygiene im Klinikum zum Thema macht

„Nicht zum rechtsfreien Raum werden“

ARCHIV-ARTIKEL VOM DIENSTAG, DEN 30.06.2015

Von unserem Redaktionsmitglied Heiko Brohm

Herr Rosenberger, Wirtschaft und Finanzen, das hat beides kaum eine Rolle gespielt im Wahlkampf. Geht es Mannheim so gut, dass wir nicht darüber reden müssen?

Peter Rosenberger: Ganz gewiss nicht, Mannheim hat über eine Milliarde Euro Gesamtschulden, das ist natürlich ein Problem. Allerdings ist die wirtschaftliche Lage in ganz Deutschland derzeit so gut, dass die Steuereinnahmen sprudeln. Deswegen kann man Schulden tilgen und sanieren, wenn man Prioritäten setzt. Die Themen Wirtschaft und Finanzen haben aber immer wieder eine Rolle im Zusammenhang mit den anderen Sachthemen gespielt.

Wie geht es der Mannheimer Wirtschaft - und was muss die Politik für sie tun?

Rosenberger: Wir leben davon, dass die Unternehmer hier gut aufgestellt sind. Dazu gehört eine intensive Betreuung der Bestandsunternehmen durch die Wirtschaftsförderung. Ein weiterer Faktor ist, dass wir im Rahmen der Konversion auch Flächen bereithalten, damit wir keine weitere Abwanderung wie die der Firma Vögele erleben und wichtige Neuansiedlungen ermöglichen. Dies muss bei den jetzigen Entscheidungen auch Berücksichtigung finden.

Sie fordern auf Plakaten "Keine Güterzüge durch Mannheim" - viele Mannheimer Unternehmen, auch der Hafen, die brauchen aber den Bahnverkehr. Was sagen Sie denen denn?

Rosenberger: Es geht nicht darum, die Wirtschaft abzuhängen, sondern darum, dass wir ein erhebliches Lärmproblem besonders in der Nacht bekommen, wenn die Pläne der Bahn so kommen, dass zusätzlich mindestens 160 Güterzüge nachts durch unsere Stadt rollen. Ja zu unserem Wirtschaftsstandort und ja zum Güterbahnhof, aber nein zur "Lärmhauptstadt" Mannheim.

Aber noch mal zu Ihrer Aussage: Mannheim ohne Güterzüge, fordern Sie hier nicht etwas, was Sie gar nicht einhalten können?

Rosenberger: Nein, die Plakatierung ist eben eine deutliche Zuspitzung, um auf die Problemlage, die viele Menschen in unserer gesamten Stadt betrifft, aufmerksam zu machen. Dass wir mit Hauptbahnhof und Rangierbahnhof quasi zwei Hauptbahnhöfe haben, ist unstrittig. Die Frage ist, wie wir damit umgehen, wenn die Gütertrasse weiter gestärkt und mitten durch unsere Stadt führen soll. Ich will maximalen Lärmschutz für die Menschen unserer Stadt in Sachen Güterverkehr. Hier hat der Amtsinhaber einiges versäumt.

Ein Kompletttunnel unter Mannheim?

Rosenberger: Maximaler Lärmschutz beginnt bei Ausweichstrecken an Mannheim vorbei. Jeder ICE muss im Mannheimer Hauptbahnhof halten. Ich brauche aber nicht jeden Güterzug in der Stadt. Tunnellösungen und andere bauliche Verbesserungen müssen ergebnisoffen diskutiert werden. Als Mannheimer dürfen wir fordern, was gut für unsere Stadt ist. Andere Kommunen haben das auch getan, da müssen wir nicht hinten anstehen.

Sie haben mit Ihren Plakaten ein weiteres Thema in den Wahlkampf eingeführt: die Hygiene im Klinikum. Was können denn beispielsweise Herr Dr. Kirsch oder Prof. Weizel für die Hygiene-Missstände?

Rosenberger: Nichts. Es geht ja um unterschiedliche Bereiche, etwa wie das Klinikum mit dem Thema umgeht

und dann die Transparenz, die Gesprächshygiene. Da erwarte ich, dass sich der Aufsichtsrat dem Thema sehr intensiv annimmt.

Zur Erklärung: Herr Kirsch und Herr Weizel sitzen als Politiker für CDU und Mannheimer Liste im Aufsichtsrat des Klinikums, so wie andere Gemeinderäte auch, der Oberbürgermeister ist dort Vorsitzender. Sie versprechen Besserung - die Aufsichtsräte haben Ihrer Meinung nach also Fehler gemacht?

Rosenberger: Ich glaube nicht, dass die Aufsichtsräte Fehler machen, aber wir machen den Fehler, dass wir das zu lange in sich gären lassen, wir müssen offensiv damit umgehen. Der Aufsichtsrat ist dafür verantwortlich, dass das gesamte System Klinikum funktioniert. Und der OB ist für das schlechte Krisenmanagement verantwortlich. Einfach den Geschäftsführer zu schassen und damit alles auf sich beruhen zu lassen, reicht nicht. Als Oberbürgermeister ist man gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender vieler Gesellschaften. Er hätte die schwierige Situation im Klinikum früher erkennen müssen und den Aufsichtsratsvorsitz in sachkundigere Hände geben sollen, um für Transparenz, Befriedung und eine Lösung im Sinne aller zu sorgen.

Was schlagen Sie vor?

Rosenberger: Klinikumsmedizin ist so kompliziert, dass es einen Aufsichtsratsvorsitzenden braucht, der tief in der Materie ist und nicht nur Vorsitzender kraft Amtes. Ich werde als OB nicht jeden Aufsichtsratsvorsitz selbst übernehmen, aber auch darauf achten, dass der städtische Einfluss gewährleistet bleibt.

Halten Sie denn die Verunreinigung von OP-Besteck wirklich für ein Thema, das im Wahlkampfendspurt gelöst werden kann?

Rosenberger: Es ist ein Thema, das die Menschen tatsächlich bewegt. Dies habe ich bei den vielen Begegnungen im Wahlkampf gehört. Ich habe immer gesagt, dieses Thema verträgt den Wahlkampf eigentlich nicht. Aber es tut sich zu lange nichts, darum spreche ich es an.

Das Klinikum hat doch kürzlich erst seine neue Sterilgutversorgung vorgestellt, in die rund 14 Millionen Euro geflossen sind. Das reicht nicht?

Rosenberger: An der Stelle darf jetzt nicht gespart werden, an der Stelle sollte man jetzt noch mehr Personal einsetzen und noch mehr nach außen darstellen, was geleistet wird. Zudem geht es darum, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Dazu muss der Oberbürgermeister seinen Beitrag leisten.

In Horb haben Sie sich positiv über die Gemeinschaftsschule geäußert. Braucht auch Mannheim eine zweite Gemeinschaftsschule?

Rosenberger: Wir haben viele unterschiedliche Schultypen in Mannheim. Wir brauchen Wahlfreiheit bei den weiterführenden Schulen und bei der Schulkinderbetreuung. Für mich gehört die IGMH fest zur Schullandschaft. Ich will keine Gleichmacherei, jedes Kind muss individuell gefördert, gefordert und betreut werden. Dazu brauchen wir Realschulen, eigenständige Gymnasien, besondere Schulformen wie die IGMH und vor allen Dingen wahlweise Ganztagschulen und Hortbetreuung. Ein weiterer wesentlicher Faktor ist der Gebäudezustand unserer Schulen, der auch nach 16 Jahren Amtszeit des bisherigen Schul- und Oberbürgermeisters wesentlich verbessert werden muss. Auf Ihre Frage: Mannheim hat sicher noch Platz für eine Gemeinschaftsschule.

Was bedeutet Ihnen Bildungsgerechtigkeit?

Rosenberger: Sehr viel. Und für mich ist Bildungsgerechtigkeit nicht, wenn alle über einen Kamm geschoren werden, sondern dass diejenigen, die Stärken haben und diejenigen, die Schwächen haben, jeweils gesondert gefördert werden.

Derzeit kommen viele Zuwanderer und Flüchtlinge nach Mannheim. Die Stadt kann das nicht steuern - was soll sie tun?

Rosenberger: Mannheim kann einiges tun, ist aber natürlich auf Hilfe von Bund und Land angewiesen. Die Einrichtung einer Landeserstaufnahmestelle ist wichtig. Wir müssen es aber schaffen, dass Stadtteile wie der Jungbusch oder die Neckarstadt-West nicht sozial abrutschen und zum rechtsfreien Raum werden. Daher will

ich dort verstärkt als Stadt Präsenz zeigen. Mit Quartiersmanagement, Sozialarbeitern, kreativen Ideen, um den öffentlichen Raum zu stärken und auch durch den KOD. In Mannheims Willkommenskultur ist es wichtig, dass wir die vielen möglichen Anlaufstellen mit allen nötigen Informationen ausstatten. Vereine, Ämter, Ärzte, Kirchen, Schulen und Kitas können auf Hilfestellungen hinweisen. Aber, und das ist ebenso wichtig, sollte auch auf Verhaltensregeln hingewiesen werden. Dies hat dann auch Auswirkungen auf den öffentlichen Raum, zum Beispiel den Alten Meßplatz. Die Aufforderung, sich auch anpassen zu wollen, sich auch integrieren zu wollen, die fehlt mir ein bisschen in Mannheim.

Ihr Mitbewerber im ersten Wahlgang, Christopher Probst, empfiehlt einen neuen Bürgerentscheid 2016 zur Buga. Sie haben das direkt aufgegriffen, warum?

Rosenberger: Ich würde dem Gemeinderat vorschlagen, noch einmal einen Bürgerentscheid einzuleiten, weil die Bürgerschaft in denkbar knapper Weise eine Entscheidung getroffen hat, mit der sie selbst nicht glücklich ist und die die Bevölkerung spaltet. Die Bürger sollten nochmals abstimmen können, ob das Landschaftsschutzgebiet "Au" so wie geplant eingebunden werden soll und ob eine teure Straßenverlegung notwendig ist. Unstrittig in der Bevölkerung ist, dass die Kaserne umgestaltet werden soll, auch den Grünzug wollen alle. Deshalb sollten wir die Menschen noch mal an die Wahlurne schicken.

© Mannheimer Morgen, Dienstag, 30.06.2015



Kochen wie die Profis: Die Technik macht den Unterschied

Ob Heißluft, Dampfgaren oder beides kombiniert — moderne Einbauherde bringen die Technik von Spitzenköchen in die heimische Küche. So gelingen auch raffinierte Speisen im Handumdrehen. [>> mehr](#)

Anzeige

ROSENBERGER ANTWORTET ...

Das Wichtigste für Mannheim ist... "dass die Bürgerschaft geschlossen in die Zukunft geht"
Bürgerbeteiligung muss sein weil... "die Menschen die besten Berater für die Kommunalpolitik sind"
Eine offene Stadt, das ist für mich... "Toleranz und der Wille, zu integrieren"
Wirtschaftlich steht Mannheim... "gut da, darf aber besser dastehen"
Eine gute Schule muss... "jedes Kind individuell fördern, fordern und betreuen"
Zuwanderung aus Südosteuropa... "ist Alltag in Mannheim und bringt leider große Probleme mit sich"
Einen neuen Bundesgartenschau-Bürgerentscheid halte ich für... "notwendig, zielführend und machbar"